
1899/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 28.03.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dieter Brosz, Harald Walser, Freundinnen und Freunde

betreffend mehr Bewegung an Österreichs Schulen

BEGRÜNDUNG

Um die Wichtigkeit der „Petition für mehr Bewegung an Österreichs Schulen“, 130/Pet., überreicht durch Abg. Z. NR Peter Haubner, zu verdeutlichen und die Umsetzung der Forderung auf dem parlamentarischen Weg zu bringen, bringen die oben genannten Abgeordneten folgenden Entschließungsantrag ein:

Viele Untersuchungen und Studien zeigen, dass sich die körperliche Fitness unserer Schülerinnen und Schüler dramatisch verschlechtert. Hauptgrund dafür ist, dass die Bewegungszeit unserer Kinder stetig weniger wird. So stark, dass Mädchen zwischen 11 und 14 Jahren rund 2/3 ihrer wöchentlichen Bewegungszeit nur noch über die Sportstunden in der Schule erreichen.

Diesen negativen Entwicklungen kann zukünftig nicht nur durch verstärkte Förderung der zahlreichen Schulkooperationen mit dem organisierten Sport entgegengewirkt werden.

Der verpflichtende Bewegungsunterricht in den Schulen hat einen signifikant positiven Einfluss auf das Leistungsniveau der Kinder und Jugendlichen. Ein Mindestumfang von 3 Stunden pro Woche Pflichtunterricht „Bewegung und Sport“ hat die höchste Effizienz hinsichtlich Leistungsverbesserung und sollte daher für Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen, auch für die älteren, angestrebt werden. Nur im verpflichtenden Unterrichtsfach können alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden (vgl. Getfitkid - Studie, OA Dr. Andrea Podolsky, 2001, S. 106).

Durch den Ausbau der ganztägigen Schulen wird maßgeblich in die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen eingegriffen. Umso wichtiger ist es, die täglichen Bewegungseinheiten auch im Freizeitbereich der Ganztagesbetreuung durch qualifizierte Angebote des organisierten Sports gesetzlich zu ermöglichen. Dabei soll insbesondere schulnahen Sportvereinen eine nachhaltige Kooperation geboten werden.

Zahlreiche Evaluierungen belegen, dass fehlende Infrastruktur oft den limitierenden Faktor bei der Einrichtung neuer Sport- und Bewegungsangebote darstellt. Die Öffnung und freie Nutzungsmöglichkeit dieser Infrastruktur würde das Bewegungsausmaß der gesamten Bevölkerung positiv beeinflussen. Gleichzeitig soll

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

der Entwicklung der jüngeren Vergangenheit Einhalt geboten werden, dass die Tarife für die Nutzung von Schulsportflächen durch Sportvereine stark angestiegen sind. Die Übertragung der Bundesschulen an die Bundesimmobiliengesellschaft hat zu deutlich höheren Tarifen als bei Schulen unter Gemeindeverwaltung geführt. Es wird daher eine Tarifpolitik aller Schulerhalter auf Selbstkostenbasis gefordert.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert

1. drei Stunden Sport und Bewegung in den Schullehrplänen der 6 bis 14 jährigen Schülerinnen und Schüler als Mindestumfang gesetzlich zu verankern.
2. die tägliche Bewegungseinheit in Kindergärten und Schulen einzuführen und diese durch eine gesetzlich gesicherte Einbindung des organisierten Sports im Rahmen der Ganztagesbetreuung sicherzustellen. In der Freizeitbetreuung müssen tägliche Bewegungseinheiten verpflichtend sein.
3. die Nutzung der Sportstätteninfrastruktur an Schulen in unterrichtsfreien Zeiten durch Institutionen der Zivilgesellschaft, wie z.B. Sportvereine zu ermöglichen und dies durch eine bundesweit einheitliche, an den Selbstkosten orientierte Vorgangsweise aller Schulerhalter zu regeln.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.